

## **N I E D E R S C H R I F T**

**über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses Nr. I/2004**

**Dienstag, 27.01.2004 um 16:00 Uhr**

**Ort: Volkshochschule, Wehringhauser Str. 38 (Villa Post)**

### **Anwesend waren:**

a) als stimmberechtigte Mitglieder:

Ratsmitglied Frau Wolff als Vorsitzende  
Herr Strüwer  
Herr Röspel  
Herr Dücker  
Herr Schledorn  
Herr Kirchhoff  
Herr Haensel  
Herr Siegler  
Frau Hirsch  
Herr Finkensiep  
Herr Schütte  
Frau Rupa

b) als beratende Mitglieder:

Herr Dr. Schmidt  
Herr Steuber  
Herr Halfter  
Herr Kruska  
Herr Fischer  
Herr Heer  
Herr Ludwig  
Herr Kebbekus  
Frau Schaldach  
Herr Kothe  
Frau Schulz  
Herr Rameswaran

c) als Schriftführerin

Frau Krause

## d) Hinzugezogen waren:

Herr Brauers	Fachbereich Jugend & Soziales
Herr Machatschek	Fachbereich Jugend & Soziales
Herr Goldbach	Fachbereich Jugend & Soziales
Frau Haack	Fachbereich Jugend & Soziales
Frau Opitz	Schulamt für die Stadt Hagen

## e) als Gäste:

Frau Schmidt	Rechtsreferendarin
Herr Helm	

## f) Mit Entschuldigung fehlten:

Herr Gebauer  
Frau Hörschelmann  
Frau Andree

**Inhaltsverzeichnis**

<b>TOP</b>	<b>Stichwort</b>	<b>Seite</b>
1.	Mitteilungen	4
2.	Anliegen der Jugendräte	5
3.	Jugendaustausch- und Partnerschaftsmaßnahmen des Fachbereiches Jugend & Soziales 2003 und 2004	5
4.	Offene Ganztagsgrundschule	5-9
5.	Anfragen der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses gemäß § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung des Rates	9

Frau Wolff eröffnet die Sitzung um 16:00 Uhr.

Sie erteilt zunächst Herrn Benjamin Klein, dem Schülersprecher des Käthe-Kollwitz-Berufskollegs das Wort.

Herrn Klein berichtet, dass die Schüler des Käthe-Kollwitz-Berufskollegs mit Erschrecken davon erfahren hätten, dass Frau Cornelia Früchtel, die als Schul-Sozialarbeiterin dort tätig ist, von dort abgezogen werden solle.

Er erklärt, dass der Weggang von Frau Früchtel, die als direkte Ansprechpartnerin im Haus fungiert, eine Katastrophe für die Schüler sei.

Er überreicht der Vorsitzenden eine Unterschriftenliste mit der Bitte an den Jugendhilfeausschuss, alles für den Erhalt der Stelle im Käthe-Kollwitz-Berufskolleg zu tun.

Frau Wolff erklärt, dass der Jugendhilfeausschuss sich in einer der nächsten Sitzungen mit diesem Thema beschäftigen und darüber diskutieren werde.

## **1. Mitteilungen**

Herr Goldbach berichtet, dass das Land grünes Licht für die „LOS-Projekte“ in Altenhagen und Vorhalle gegeben habe. Die letzten Programme würden im Februar starten.

Weiterhin berichtet er darüber, dass die Landeskürzungen im Bereich der Drogenhilfe wohl nicht in dem Maße einträfen, wie erwartet. Sowohl die JVA-Stelle als auch die zweite Stelle der Prophylaxefachkraft würden 2004/2005 weitergefördert.

Kürzungen werde es jedoch im Bereich der Förderung der Stellen an Berufskollegs geben. In Hagen seien 120.000 Euro einzusparen. Die Stellen am Käthe-Kollwitz-Berufskolleg seien mit einem KW-Vermerk versehen, der an die Bewilligung der Landesmittel gebunden sei.

Herr Steuber ergänzt zum Thema Landeshaushalt 2004/2005, dass im Bereich der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen für Langzeitarbeitslose die radikalen Kürzungen deutlich zurückgefahren werden sollten. Auch bei der Förderung der Erziehungsberatungsstellen und der Sprachförderung in Kindertagesstätten würden die Kürzungen deutlich zurückgefahren.

Des Weiteren teilt Herr Steuber mit, dass die letzten Umzüge innerhalb des Fachbereiches nunmehr erfolgt seien. Dazu gehörte der Umzug der Mitarbeiter des Sozialpädagogischen Zentrums, die zum Märkischen Ring gezogen seien. Nach den noch zu erfolgenden kleinen Umbaumaßnahmen im März/April sei ein Tag der offenen Tür geplant.

Herr Fischer berichtet von der Volksinitiative gegen die Kürzungen im Bereich des Landesjugendplanes. Diese sei geglückt. Das Minimum von 66.000 Unterschriften sei überschritten worden. Man strebe bis zum letzten Tag die 100.000-Grenze an.

Der Gesetzentwurf müsse nunmehr bis zum 6. September vorliegen.

Herr Haensel berichtet von dem Projekt „Straßenkinder“, das dank einer Spende des Lions-Clubs erfolgreich durchgeführt werden konnte. Durch eine neue Spende konnte das Projekt verlängert werden. Ein Zwischenbericht wurde erstellt, der den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses bei Interesse vorgestellt werden könne.

## 2. Anliegen der Jugendräte

Frau Schaldach berichtet, dass die Arbeit der Arbeitsgemeinschaften angelaufen seien.

Die AG „Spielplatz und Umfeld“ arbeite mit dem Grünflächenamt zusammen, um den Spielplatz an der Buschhofstraße zu erneuern.

Die AG „Rechtsextremismus“ plane, Stadtrundfahrten anzubieten, die jugendliche Schüler interessierte. Termine hierfür stünden jedoch noch nicht fest.

Herr Rameswaran spricht noch den Bolzplatz an der Schillerstrasse an. Dazu führt Herr Goldbach aus, dass die BV Nord den Jugendhilfeausschuss ursprünglich bitten wollte, den Bolzplatz an der Schillerstrasse aufzugeben. Nachdem man sich in dieser Angelegenheit an einen Tisch gesetzt habe, sei eine alternative Möglichkeit gefunden worden.

## 3. Jugendaustausch- und Partnerschaftsmaßnahmen des Fachbereiches Jugend & Soziales 2003 und 2004

Herr Goldbach erläutert kurz die Vorlage und teilt in diesem Zusammenhang mit, dass sich der Termin der Fahrt nach Modin wohl aufgrund veränderter politischer Verhältnisse verschieben wird.

Die Vorsitzende stellt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

**Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht über die Jugendaustausch- und Partnerschaftsmaßnahmen des Fachbereiches Jugend & Soziales 2003 und die Planung 2004 zur Kenntnis.**

**Abstimmungsergebnis: - einstimmig beschlossen –**

## 4. Offene Ganztagsgrundschule

Frau Wolff sagt ein paar einleitende Worte zu der Thematik „Offene Ganztagsgrundschule“.

Herr Schledorn begrüßt die Vorlage zur Ganztagsgrundschule und äußert, dass die Stadt Hagen sich mit Einführung der Ganztagsgrundschule auf dem richtigen Weg befinde.

Herr Strüwer teilt mit, dass die CDU mit der Art und Weise, wie die Ganztagsgrundschule eingeführt werde, nicht ganz glücklich sei, da befürchtet würde, dass die Qualität der Betreuung dabei auf der Strecke bleibe. Andererseits danke man der Verwaltung, dass sie in der kurzen Zeit eine derart umfassende Vorlage gefertigt habe. Positiv sei zu bewerten, dass die Einführung erst in diesem Jahr starte und nicht schon im letzten Jahr übers Knie gebrochen worden sei. So könne man aus den Erfahrungen lernen, die in anderen Kommunen gemacht worden seien. Man sei auch froh darüber, dass gerade in Hagen seitens der Jugendverbände ein breites Spektrum mit in die Betreuung einsteigen wolle.

Die Sorge sei von Seiten Dritter an sie herangetreten worden, dass Kinderhorte und Kindergärten sich durch die Einführung der Ganztagsgrundschule in ihrer Existenz bedroht fühlten.

Herr Strüwer richtet die Frage an die Verwaltung, wie man versuche, das Prozedere mit den entsprechenden Kindergärten- und Horten zu gestalten oder Wege aufzuzeigen, durch kooperative Absprachen die Existenznöte der Einrichtungen zu mindern.

Weiterhin bittet er um die Information, inwieweit bei den von ihm angesprochenen altersgemischten Gruppen in der Zukunft grundsätzlich Landes- und städtische Zuschüsse wegfielen und was sich bezogen auf die Kinderhorte in Sachen Bezuschussung ändere, die in sozialen Brennpunkten lägen.

Auch Herr Kirchhoff dankt der Verwaltung für die Vorlage. Er möchte wissen, ob die genannten Schulen wirklich alle bereit seien, im Schuljahr 2004/2005 schon in die Ganztagschule einzusteigen.

Herr Fischer möchte wissen, ob bei der Bezuschussung der Sonderschulen höhere Zuschussbeträge geplant seien, da ja in diesem Bereich ein erhöhter Personalbedarf vorhanden sei. Außerdem interessiert ihn, wie die Qualifikation des Personals sichergestellt sei.

Bezogen auf die Frage von Herrn Strüwer antwortet Herr Machatschek, dass für die Kindertageseinrichtungen, in deren Bereich in diesem Jahr die Ganztagsgrundschule eingeführt würde, in einer ersten Runde am 10.02.2004 ein Austausch stattfände.

Zu den Horten sei zu sagen, dass es nur einen betroffenen Hort in der Kurze Straße gebe. Hier entfalle die Finanzierung bis zum Jahre 2007.

Die beiden anderen Horte Loxbaum und Kabel, die im Bereich der sozialen Brennpunkte lägen, würden durch den Erlass zur Ganztagsgrundschule nicht berührt. Altersgemischte Gruppen fielen nicht unter die Horte.

Herr Dr. Schmidt ergänzt, dass das Land dort die Bezuschussung rausnehme, wo Nachmittagsbetreuung in Schulen stattfindet. Man könne hierbei kritisch anmerken, dass Jugendhilfe Schulen finanziere.

Er bittet, die Vorlage als ersten Ansatz zu verstehen, der korrigiert werden könne.

Herr Steuber geht auf die Frage von Herrn Fischer bezüglich der Qualifikation ein und verweist in diesem Zusammenhang auf die Rahmenvereinbarung, in der sich auf der zweiten Seite die Erlasslage zu dieser Thematik wiederfinde und die Qualifikation sicherstelle. Die Vorlage könne an dieser Stelle Irritationen auslösen, da dort ein bestimmtes Profil beschrieben sei, wenn man aber die Formulierungen im Gesamtzusammenhang sehe, stelle man fest, dass hier beispielhaft eine Möglichkeit aufgezeigt werde, wie es sein könnte, dass andere Befähigungsprofile der pädagogischen Mitarbeiter durchaus denkbar seien.

Frau Haack informiert die Ausschussmitglieder darüber, dass anfangs davon ausgegangen wurde, dass alle in der Vorlage aufgeführten Schulen ans Netz gingen, und zwar jeweils mit zwei Gruppen. Ursprünglich ging man von 80 Gruppen aus, die entsprechend der gemachten Datenanalyse mit Prioritäten versehen wurden. Daraus entstanden die Prioritätenlisten. Zwischenzeitlich habe sich das geringfügig geändert. Die Grundschule Kückelhausen werde nicht in diesem Jahr an den Start gehen, sondern erst im nächsten Jahr. Die Schulkonferenz habe den Start auf das nächste Jahr verschoben mit der Begründung, dass es bisher an dieser Schule keinerlei Betreuungsangebote gegeben habe und die Schule von daher noch sehr unerfahren sei. Der zweite Grund liege darin begründet, dass sich direkt neben der Schule der evangelische Kindergarten befinde, in dem auch viele Grundschul Kinder betreut würden und daher zunächst Gespräche mit den beteiligten Trägern stattfinden würden, wie es denn dann aussähe, wenn die Schule in die Ganztagsbetreuung einsteige.

Die zweite Schule, die in diesem Jahr nicht starten würde, wäre die Henry-van-de-Velde- Schule. Dort gebe es personelle Probleme. Die Rektorin sei seit längerer Zeit abgeordnet und daran werde sich kurzfristig auch nichts ändern. Das Personal an sich sei auch sehr eingeschränkt. Es

handele sich also um rein organisatorische Probleme, weshalb die Schule den Start gern um ein Jahr verschieben würde. Als Ersatz ginge die Grundschule Boloh in diesem Jahr an den Start. Die dritte Schule, die in diesem Jahr nicht an den Start ginge, sei die Grundschule Franzstraße. Dort gebe es räumliche Probleme. In diesem Jahr würden dort die Brandschutzmaßnahmen durchgeführt und die ganzen Klassen müssten jetzt schon ausgelagert werden.

Auf die Frage der Vorsitzenden nach dem Ersatz für die Grundschule Franzstraße teilt Frau Haack mit, dass hier die Grundschule Eilpe als Ersatz in diesem Jahr an den Start gehen würde. Für die Grundschule Kückelhausen gebe es keinen Ersatz.

In diesem Jahr würden also nach dem heutigen Stand neun Schulen an den Start gehen. Die Zahl könne sich jedoch noch erhöhen. Alle Stadtbezirke hätten berücksichtigt worden können.

Frau Opitz ergänzt die Ausführungen von Frau Haack, dass es eine Arbeitsgruppe bestehend aus Pädagogen gebe, die das pädagogische Konzept als Pilotprojekt für die erste Schule erarbeitet hätte in der Hoffnung, dass es sich eigne, auch auf die anderen Schulen übertragen zu werden. Alle Schulen hätten den Auftrag, mit denen, die in der Nachbarschaft oder im eigenen Gebäude Angebote in der Betreuung hätten, sich kurzzuschließen und gemeinsam ein Konzept zu entwickeln.

Herr Dücker äußert die Befürchtung, dass die Kommune finanziell einspringen müsse, wenn das zugrundegelegte Finanzierungskonzept sich nicht bestätige. Zu begrüßen sei sicherlich, dass hier auch die freien Träger ihren Teil beitragen. Er hoffe, dass auch der sportliche und musische Aspekt in der Betreuung nicht zu kurz komme. Herr Dücker möchte wissen, wie viele denn diese Rahmenvereinbarung unterschrieben hätten und wer da alles mitmache.

Herr Haensel richtet an die politischen Vertreter die Frage, ob es nicht für die Stadt Hagen, die sich als Stadt der Bildung sieht, noch eine größere Herausforderung sei, sich finanziell an dem Projekt zu beteiligen, als es in dieser Vorlage seinen Niederschlag fände.

Zu den Elternbeiträgen merkt er an, dass zu befürchten sei, dass dieses neue Modell für die Eltern bei weniger Qualität teurer sei als das bisherige.

Zur Qualität der Konzepte könne jedoch zum jetzigen Zeitpunkt vor deren Umsetzung noch nicht gesagt werden.

Herr Kirchhoff schließt sich den kritischen Anmerkungen seiner Vorredners an. Er möchte wissen, wie denn die Antragstellung der Mittel bis zum 31. Januar denn noch zu schaffen sei.

Von Seiten der Verwaltung kann diese Sorge ausgeräumt werden. Die Antragstellung sei bereits erfolgt.

Herr Schledorn erinnert an die schwierige Situation der Migrantenfamilien und ihrer Kinder, deren spezielle Problematiken bei der Ganztagsbetreuung auch berücksichtigt werden müssten.

Er sei froh, dass alle Fraktionen bei dieser Sache an einem Strang zögen.

Herr Dr. Schmidt sieht hier ein schönes Beispiel dafür, wie sich das Land entlaste. Die Verantwortung müsse geklärt werden. Das Land könne sich nicht aus seiner Verantwortung als Schulträger ziehen.

Die Qualität der Betreuung könne eventuell über die Form von Halbjahresberichten sichergestellt werden.

Im Fachbereich werde eine Stelle im Bereich der Kindergartenabteilung des Fachbereiches angesiedelt, die für den Einzug der Elternbeiträge zuständig sein werde.

Herr Steuber ergänzt, dass für den Stellenplan 2005 eine Planstelle für diese Aufgabenerfüllung beantragt werden müsse. Es handele sich jedoch hierbei um eine Refinanzierung/Kompensation der kommunalen Mittel, die durch den Fortfall des Kinderhortes Kurze Straße erfolge.

Herr Goldbach weist darauf hin, dass die gesamtstädtische Kooperationsvereinbarung nicht die Umsetzung der Dinge vor Ort ersetze. Es handele sich in der Vorlage lediglich um einen Orientierungsrahmen, in dem man sich bewegen könne.

Herr Siegler betont, wie erfreulich er es finde, wie kooperativ die Arbeitsgruppe Jugendhilfe/Schule zusammengearbeitet habe und dass die Verbände der Jugendarbeit in der Vorlage ausdrücklich aufgefordert seien, sich einzubringen.

Er bittet, sich bei der Ganztagsbetreuung an den speziellen Bedürfnissen der Kindern zu orientieren und dies an jeder Schule gezielt zu beobachten und zu gestalten.

Dies sei dann in die Vereinbarung mit aufzunehmen, so dass man es später auch nachlesen könne.

Herr Strüwer weist in Richtung des Wortbeitrages von Herrn Haensel darauf hin, dass es sich bei den Einsparungen, die in Zukunft zu erwarten seien, um eine ganz andere Liga handele. Hier gehe es an die soziale Infrastruktur.

Er möchte wissen, ob es von Seiten der Verwaltung schon Pläne bezüglich der Umsetzung der investiven Maßnahmen gebe. Wurden die zuständigen Bauämter beteiligt?

Wie sei das Prozedere mit den Verbänden geplant?

Was sei mit den bis zu 14-Jährigen, die jetzt betreut würden?

Herr Haensel möchte noch mal deutlich machen, dass es sich hier um eine strukturpolitische Entscheidung von weitreichender Bedeutung handelt. Wie könne man junge Familien, die kleine Kinder hätten, davon überzeugen, ihren Wohnort nach Hagen zu verlegen? Sicherlich seien die Kosten für Betreuung einer der Entscheidungskriterien für die Ansiedlung. Er bitte, das bei den weiteren Verhandlungen zu bedenken.

Herr Kebbekus betont, dass Ganztagsbetreuung nur Sinn mache, wenn es bildungspolitische Konzepte gebe. Seien denn qualifizierte Kräfte auf dem Arbeitsmarkt vorhanden?

Frau Wolff entgegnet, sie sei selbst Lehrerin, nehme sich aber nicht so wichtig, dass sie anstelle von Sozialarbeitern/pädagogen die Nachmittagsbetreuung übernehmen müsse.

Frau Opitz antwortet auf die Frage von Herrn Strüwer bezüglich des Verfahrensablaufes mit den Trägern. Jede Schule schaue zunächst einmal in ihrer eigenen Umgebung, mit welchen Trägern man zusammenarbeiten müsse. Daneben gebe es aber auch noch einen sehr erfolgreich arbeitenden Elternverein, der in sehr vielen Schulen Betreuung übernimmt. Es habe den Auftrag an die Schulen gegeben, diesen Elternverein mit einzubinden und mit den Trägern vor Ort zu schauen, wie man dieses Konzept hinbekomme.

Vorstellungen der Schule sollten herangetreten werden an die Träger, die halt in der Nachbarschaft seien und von dem Angebot der offenen Ganztagsgrundschule betroffen seien.

Es sei nicht vorgesehen, Lehrer mit der Ganztagsbetreuung zu betrauen, sondern es sei eine Chance, Felder aus der Jugendarbeit wie Sport, Kunst und Musik anzubieten.

Herr Steuber geht auf den Teil der Vorlage ein, in dem von einer Mindestgröße von 20 Teilnehmern pro Gruppe die Rede sei. Dies sei natürlich keine zwingende Vorgabe. Es sei in diesem Zusammenhang jedoch darauf hinzuweisen, dass die Rechnung nur aufgehe, wenn die fixen Kosten am Ende auch refinanziert würden.

Herr Dr. Schmidt nimmt Stellung zu den noch offenen Fragen von Herrn Strüwer.

Die Bauverwaltung habe alle betroffenen Schulen inzwischen bereist und sei in allen bautechnischen Fragen involviert.

Die Frage nach der Betreuung der bis zu 14-Jährigen könne als Chance für die Jugendarbeit angesehen werden.

Die Vorsitzende stellt folgende Beschlussvorschläge zur Abstimmung:

1. **Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, die in der Vorlage dargelegte stufenweise Einführung der Offenen Ganztagsgrundschule in Abstimmung mit den Schulen (Beschluss der Schulkonferenzen) entsprechend des vorgelegten Zeitplanes umzusetzen.**
2. **Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Investitionsmittel fristgerecht in Stufen bis zum Jahre 2006 beim Land zu beantragen.**
3. **Die Verwaltung wird beauftragt, für die Betriebskosten der Offenen Ganztagsgrundschule die Landesförderung zu beantragen und zur kalkulierten Deckung der kommunalen Eigenmittel die in der Vorlage dargestellten Elternbeiträge zu erheben.**
4. **Mit der Durchführung der Angebote werden – auf Basis der vorgestellten Rahmenvereinbarung und in Abstimmung mit den jeweiligen Schulen – geeignete Träger beauftragt.**

**Abstimmungsergebnis: - einstimmig beschlossen –**

5. **Anfragen der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses gem. § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung des Rates**

Die Vorsitzende stellt fest, dass keine Anfragen vorliegen.

Sie schließt die Sitzung um 17:30 Uhr.

---

Vorsitzende

---

Schriftführerin

---

Fachbereichsleiter